

Einbürgerung des Professors

Als Einsiedler werde ich momentan überall auf die verweigerte Einbürgerung des ehemaligen ETH-Professors angesprochen. Anfänglich

Es ist für mich nachvollziehbar, dass die Einbürgerungskommission bei allen Einbürgerungen den gleichen Massstab anwenden muss. Vor dem Gesetz sind alle Leute gleich, unabhängig der gesellschaftlichen Stellung. Der professorale Entscheid, trotz negativem Beschluss der Kommission, das Verfahren durchzuziehen, ist nach meiner Ansicht eine Trotzreaktion. Die hohe schweizweite Publizität, die er

kratischen Entscheidungen zu hinterfragen, ist legitim, hat aber auch den Schimmer einer gewissen Überheblichkeit und zeugt von wenig Fingerspitzengefühl gegenüber Beschlüssen einer Gemeindeversammlung.

Ginge es bei dieser Einbürgerung nicht um einen ETH-Professor, sondern um einen Handwerker aus dem Kosovo, würde das bedeutend weniger interessieren. Die Berichterstattung wäre objektiver, und die Einsiedler würden nicht als Schildbürger beschimpft.

Es wäre sicher angebracht, das Einbürgerungsverfahren genauer zu durchleuchten. Es ist allenfalls Aufgabe der Aufsichtsbehörde, Korrekturen anzubringen. Dass Behördemitglieder des Bezirksrates Einsiedeln aufgrund des medialen Druckes Einbürgerungen beim Bund zentralisieren möchten, wäre der falsche Weg. Mit dem jetzigen föderalistischen System kann es sein, dass ein Professor in Zürich oder Basel, aber nicht in Einsiedeln eingebürgert wird. Es wäre durchaus möglich, dass die Befragung in Zürich professorengerechter ab-

laufen würde als in Einsiedeln. Föderalistische Vielfalt ist aber allemal besser als zentralistische Einfalt.

Eine Einbürgerung ist ein politischer Akt, denn es sind damit politische Verpflichtungen verbunden. Das Einbürgerungsverfahren darf nicht zu einer rein administrativen Handlung verkommen.

Es wäre falsch, aufgrund der negativen schweizweiten Reaktionen Herrn Dunn im Nachhinein erleichtert einzubürgern. Es ist Aufgabe der Behörden, Beschlüsse durchzusetzen, auch wenn sie von einem Professor angefochten werden. Oder sind vor dem Gesetz nicht alle gleich?

Der heutige Autor Alois Gmür (CVP) gehört seit 2011 dem Nationalrat an. Von 2004 bis 2011 war er Schwyzer Kantonsrat. Beruflich ist er Braumeister und Leiter der familieneigenen Brauerei Rosengarten AG in Einsiedeln.

red. Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, aber muss sich nicht mit der Redaktionshaltung decken.

Alois Gmür

FORUM

konnte ich den Entscheid der Einbürgerungskommission nicht begreifen. An der Ortsparteiversammlung der CVP Einsiedeln erklärte mir ein Mitglied der Einbürgerungskommission, weshalb es zum ablehnenden Entscheid gekommen ist. Anscheinend hat sich Herr Professor Dunn mit dem vom Bezirk Einsiedeln zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht befasst und sich die Befragung anders vorgestellt. Es wäre aber nicht das erste Mal, dass ein Gesuchsteller nach erneutem Studium der Unterlagen nochmals zur Befragung bei der Kommission angetreten wäre.

damit erreicht hat, war absehbar und vielleicht gewollt. Dass er es nicht für nötig hielt, an der Gemeindeversammlung anwesend zu sein, enttäuschte viele. Er wurde, wie alle andern Gesuchsteller, über deren Einbürgerung abgestimmt wurde, zur Versammlung eingeladen. Mit seiner physischen Anwesenheit hätte er die Gelegenheit gehabt, die Ernsthaftigkeit seiner Absicht zu bestätigen.

Anschliessend über die Medien die vorgegebenen Abläufe und demo-